

Infoblatt: Fragen und Antworten zu Inklusions-Vorbehalt und Inklusions-Folgenabschätzung

Die Modellkommune Verbandsgemeinde Nieder-Olm hat eine Strategie Inklusion erarbeitet, um die Kommune nachhaltig inklusiv zu machen. Damit das Kommune-Inklusiv-Netzwerk die Strategie gut umsetzen kann und seine Ziele erreicht, hat es in der Verbandsgemeinde neue politische Instrumente entwickelt. Es hat diese Instrumente „Inklusions-Vorbehalt“ und „Inklusions-Folgenabschätzung“ genannt. Das Infoblatt beschreibt die Methoden.

Was ist Inklusions-Vorbehalt?

Inklusions-Vorbehalt bezeichnet einen kurzen Moment des Innehaltens vor einer Entscheidung. Dabei stellen die Verantwortlichen in Kommunalverwaltung oder Kommunalpolitik folgende zwei Fragen:

- Ist die bevorstehende Entscheidung wichtig für Inklusion?
- Wirkt sie sich aus auf die Teilhabe von Menschen in der Kommune?

Lautet die Antwort „Ja!“, führen sie die Inklusions-Folgenabschätzung durch.

Was bedeutet Inklusions-Folgenabschätzung?

Mit der Inklusions-Folgenabschätzung lässt sich prüfen, wie sich die Entscheidung auf Teilhabe auswirkt. Wenn klar ist, wie sich die Entscheidung auf die Teilhabe auswirkt, wird auch klar, ob die Entscheidung noch einmal angepasst werden muss. An der Entscheidung wird so lange gefeilt, bis möglichst alle Menschen in der Kommune davon einen Vorteil haben. Dafür denken die Verantwortlichen verschiedene Szenarien durch. Dabei ist es wichtig, vom Ziel her zu denken: Was genau wollen Sie erreichen für die Menschen in der Kommune mit der Entscheidung? Wie soll der Bereich, den Sie mit der Entscheidung beeinflussen, am Ende aussehen?

Wie funktioniert Inklusions-Folgenabschätzung in der Praxis?

Ein Beispiel: Der Rathausplatz muss neu gepflastert werden. Die Platten sind gebrochen und sehen nicht mehr schön aus. Menschen könnten über die gebrochenen Platten stolpern. Klar ist: Die Entscheidung wirkt sich auf Inklusion aus (Inklusions-Vorbehalt). Denn der Platz muss so gestaltet werden, dass am Ende dort alle Menschen sicher unterwegs sein können und sich wohl fühlen.

Die Planer*innen in der Verwaltung stellen sich im Rahmen der Inklusions-Folgenabschätzung verschiedene Fragen, beispielsweise:

- Welche Platten sollten verlegt werden, damit Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, Menschen mit Sehbehinderung, Menschen mit schwerem Gepäck oder Kinderwagen sicher gehen können?
- Wie breit sollten die Zuwege zum Platz sein?
- Sollte die Beleuchtung direkt mit angepasst werden?

Die Verantwortlichen entwerfen zu diesen Fragen jeweils verschiedene Szenarien: Was passiert, wenn sie Entscheidung A treffen? Wer hat davon Vorteile? Was sind die möglichen Nachteile? Was ist bei Entscheidung B? Braucht es möglicherweise eine Entscheidung C?

Dafür versetzen sich die Verantwortlichen in die Menschen aus verschiedenen Zielgruppen. Oder sie informieren sich bei der Zielgruppe und holen sich Rat bei Lebenswelt-Expert*innen.

Bezogen auf die Pflasterung könnten die Szenarien / Entscheidungen so aussehen:

Szenario A: Sie nehmen den billigsten Pflasterstein, in der Farbe Schwarz, aus einem minderwertigen Material. Nutzen dieser Entscheidung: Beim Bau sparen Sie Geld. Mögliche negative Auswirkungen der Entscheidung: Menschen mit Sehbehinderung können sich auf dem schwarzen Pflaster nicht gut orientieren. Das Material ist schnell wieder kaputt, die Steine bleiben eine Stolperfalle. Durch die dunkle Farbe heizt sich der Vorplatz im Sommer zusätzlich auf. Die Hitze belastet vor allem ältere Menschen stark. Bürger*innen beschwerten sich bei der Gemeindeverwaltung, die Kommune muss erneut Geld investieren und nachbessern.

Szenario B: Sie entscheiden sich für glatte, weiße Pflastersteine, die etwas teurer sind als der schwarze Pflasterstein. Nutzen dieser Entscheidung: Die Steine reflektieren das Licht auch bei Dämmerung gut, die Kommune spart Geld bei der Beleuchtung. Die Menschen finden das weiße Pflaster schön, halten sich gern auf dem Platz auf und fühlen sich dafür verantwortlich, dass er sauber bleibt. Im Sommer heizt sich der Platz nicht so schnell auf. Mögliche negative Auswirkungen der Entscheidung: Das Pflaster ist zu glatt für Menschen, die mit Langstock oder Rollator unterwegs sind, sie könnten ausrutschen.

Szenario C: Sie nehmen weißen Pflasterstein mit Struktur, der gleichzeitig der teuerste ist. So gibt die Kommune zwar beim Bau erst einmal mehr Geld aus. Am Ende kann sie aber Geld sparen, da sich alle Menschen auf dem Platz wohl fühlen, sicher unterwegs sind und die Kommune nicht nachbessern muss.

Diese Szenarien und die möglichen Folgen schreiben die Verantwortlichen für alle Fragen nach einem immer gleichen Verfahren auf, beispielsweise in ein dafür eigens programmiertes Formular oder in eine Excel-Tabelle.

Was sind die einzelnen Schritte bei der Inklusions-Folgenabschätzung?

Das Team von Kommune Inklusiv Verbandsgemeinde Nieder-Olm empfiehlt folgende Schritte:

1. Aufgabe analysieren: Beschreibung der Entscheidung und weshalb sie getroffen werden muss

Problem analysieren: Was ist der Auslöser für die anstehende Entscheidung?

- Wollen wir etwas tun?
- Müssen wir etwas tun?
- Was ist der Ursprung des Problems? Wer hat das Problem erstmals angesprochen oder davon gehört?
- Gibt es gesetzliche Vorgaben oder Fristen? Wenn ja, welche?

System analysieren: Welche Bereiche in der Kommune betrifft das Problem?

- Warum ist es wichtig, das Problem zu lösen?
- Womit hängt das Problem noch zusammen?
- Wie wirkt sich das Problem zurzeit konkret auf die Menschen aus? Wie sind die Menschen davon betroffen und warum? Wenn Sie sich das nicht vorstellen können oder unsicher sind, fragen Sie die Menschen, die es betrifft, zum Beispiel in den Beiräten.

2. Ziel beschreiben und begründen

- Wo wollen Sie mit der Bearbeitung des Problems / mit der Entscheidung hin? Was wollen Sie erreichen für die Menschen in Ihrer Kommune?
- Warum wollen Sie das erreichen?
- Wie soll der (kommunale) Bereich aussehen, wenn das Ziel erreicht ist?

Instrumente zur Zielbeschreibung und -begründung:

- In Zielfotos denken: Sie haben Ihre Entscheidung umgesetzt, kommen ans Ziel, drehen sich um und machen ein Foto. Was sehen Sie darauf?
- Ziele SMART formulieren: spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch und terminiert
- Bei der Beschreibung der Ziele und der Begründung die Zielgruppe im Blick haben: verständlich und aus ihrer Perspektive formulieren (einfache Sprache)

3. Mögliche Alternativen entwickeln

- Kommen Sie auch anders zum Ziel als mit der ursprünglich geplanten Bearbeitung des Problems / der ursprünglichen Entscheidung?
- Wenn nein, warum nicht?
- Welche sonstigen Möglichkeiten gibt es?
- Welche Folgen haben diese Möglichkeiten?
- Was hat Nichtstun (Null-Alternative) zur Folge?

Vorgehensweise zur Entwicklung von Alternativen:

Beschreibung von möglichen anderen Maßnahmen, mit denen sich das Ziel erreichen lässt – immer mit Blick auf die Zielgruppen und die Folgen für die Zielgruppen:

- Alternative A (schwarze Pflastersteine für den Rathausplatz)
- Alternative B (glatte, weiße Pflastersteine)
- Alternative C (strukturierte, weiße Pflastersteine)
- Null-Alternative (Rathausplatz nicht neu pflastern)

4. Alternativen prüfen und bewerten

- Alle Alternativen, auch die Null-Alternative, zunächst intern prüfen und Stellungnahmen einholen aus Verwaltung und Politik
- Menschen aus den Gruppen beteiligen, die von der Entscheidung betroffen sind (Stakeholder), und von ihnen Stellungnahmen einholen (zum Beispiel Beiräte)
- Zwischenergebnisse abgleichen: So werden mögliche Widersprüche und Interessenkonflikte sichtbar, außerdem werden vielleicht weitere Folgen einer Entscheidung deutlich, die Sie noch nicht bedacht hatten.
- Entscheidungsgrundlage für Politik und Verwaltung erstellen

5. Ergebnisse dokumentieren: intern und öffentlich

- Dabei transparent machen: Warum haben Sie die Entscheidung so und nicht anders getroffen?
- Entscheidung und Begründung für diese Entscheidung auf verständliche Weise Verwaltung, Politik und Bürger*innen zugänglich machen (interne Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)

Warum kann eine inklusive Planung sogar Kosten sparen?

Wenn Verwaltung und Politik von Anfang an die Bedürfnisse aller Menschen mit bedenken, muss die Kommune am Ende keine Fehler korrigieren und nicht teuer nachbessern.

Beschwerden und Konflikte kosten eine Kommune Zeit und Geld. Auch weil Menschen sich weniger mit ihrer Kommune identifizieren, wenn sie das Gefühl haben, ihre Wünsche werden nicht berücksichtigt. Es kann die Haltung entstehen: „Die Stadt tut nichts für mich, also tue ich auch nichts für sie.“ Eine Folge kann sein: Die Menschen achten weniger darauf, öffentliche Plätze sauber zu halten. Sie hinterlassen Abfall und Scherben, möglicherweise nimmt Vandalismus zu. Die Kosten für solche Entwicklungen werden üblicherweise in den kommunalen Haushalten nicht mitbedacht. Eine inklusive Planung trägt dazu bei, dass diese Folgekosten gar nicht erst entstehen.

Haben Menschen aktiv an der Entscheidung mitgewirkt, fühlen sie sich mitverantwortlich und wollen zum Gelingen beitragen.